

Breslauer



Beitung.

Nº 253.

Donnerstag den 12. September

1850.

Telegraphische Depesche.

Kassel, 10. Sept. Der Bezirksdirektor hat dem Oberbefehlshaber erklärt, seinen Befehlen nicht Folge zu leisten. Die Ruhe ward bis 8 Uhr Abends nirgends gefördert. Die hessische Zeitung hat beim Obergericht Rechtsbüro nachgesucht. Letzteres hat den Staatsanwalt verurteilt. In den Entscheidungsgründen wird die Verordnung vom 7. als verfassungswidrig bezeichnet.

Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten und Fonds-Course.

Paris, 9. September. Salvandy ist von Clarendon nach Frohsdorf abgereist. Der Präsident hielt in Cherbourg eine Rede voll kaiserlicher Anklänge.

2 neue Conseils wünschen Revision der Verfassung.

3% 57, 75. 5% 93, 30.

Madrid, 4. September. Die Wahlen sind vollständig konservativ ausgefallen.

Kassel, 9. September. Der Staatsprokurator hat die Minister-Anklage abgelehnt, dagegen hat der Ober-Staatsprokurator die Einleitung des Prozesses und einen Antrag auf Verhaftung der Minister beschlossen. Der Stadtrath von Hanau verweigerte die Bekämpfung der Ordinanz über den Kriegszustand.

Konstantinopel, 29. August. Die türkische Flotte hat den Bechlerthalen nach dem Bosporus zurückzuführen.

Athen, 3. September. Der Kultusminister Kortzfakis ward vorgestern 6½ Uhr Abends vor seinem Hause, als er mit seiner Gemahlin und dem Senator Antoniadis in den Wagen steigen wollte, um einen Spaziergang zu machen, erschossen. Sechs Kugeln, in der Nähe des Herzens eingedrungen, gaben ihm den Tod nach zwei qualvollen Stunden. Der Mörder ward mit seinen zwei Gefährten ergreift; dieselben wurden als Mainoten erkannt und sollen für die That gedungen gezwungen sein. Ursach scheinen die bevorstehenden Wahlen.

Hamburg, 10. September. Sehr sile Börse. Köln-

Minden 9½. Nordbahn 39¾.

Greteidemarkt flau. Del p. Oktober 23. p. Mai 22½

Gld. Kaffee ruhig. Zink 11,500 Emr. loco und Liefer-

ung 10, 10½ bez.

Stettin, 10. September. Roggen 33 bis 36 p. Herbst

33 Br. p. Frühjahr 83 Pf. 37½ bez. und Gld. Rübel

sille, loco bis Februar 11½ Gld. und Br. Spiritus

24, p. Frühjahr 22 Gld.

Frankfurt a. M., 10. September. Nordbahn 42½.

Zara, 6. Septbr. Die bosnischen Hämptlinge haben

sich mit den Bestimmungen des neuen Ternmans schriftlich einverstanden erklärt; insgeheim soll jedoch die Gähnung und Unzufriedenheit fortduern. Zwei bis drei Hämptlinge sind von Omer Pascha bis zur Erfüllung der neuen Bestimmungen als Geiseln zurückbehalten worden. Omer Pascha ist nach der Kraina abgegangen.

Florenz, 7. September. Dem Vernehmen nach wird Senator Lami Prokurator beim Kassationshofe das Portefeuille des Justizministeriums übernehmen.

Nom, 5. September. Man versichert, es sei Herrn Pinelli gelungen, bereits zwei Audienzen bei dem Papste zu erlangen.

Über sich.

Breslau, 11. Septbr. Der Staats-Anzeiger veröffentlicht nun den Wortlaut der Erklärungen der Unions-Regierungen, die dem provisorischen Fürsten-Kollegium bereits angezeigt worden sind, und welche auf die Einführung Österreichs zur Belebung des „engeren Rates“ sämtlich ablehnend antworten. Die heutige Nr. des Staats-Anzeigers enthält vorläufig die Erklärungen: 1) von Sachsen-Meiningen, 2) Neus jüngerer Linie, 3) Hamburg, 4) Bremen.

Am 9. fand zu Berlin ein Ministerrath statt, wo sich die Regierung über die Schritte verständigt habe, welche durch die möglichen Ereignisse der Zustände in Kurhessen erforderlich gemacht würden. — So meldet die Berliner ministerielle „Reform.“ Dagegen meldet einer unserer Korrespondenten aus Berlin: daß in diesem Ministerrath noch kein Beschuß gefasst worden sei. — Wegen der Wichtigkeit, welche die kurfürstlichen Zustände für Preußen erlangt haben, ist die Reise des Ministers v. Manteuffel in die Rhein-Provinzen noch aufgeschoben worden.

Einige Mitglieder der preußischen Kammer haben an das Staats-Ministerium eine Petition erlassen, in der sie um Einberufung der Kammer noch vor dem 1. November bitten und die Dringlichkeit dazu nachweisen. Den Wortlaut der Petition s. unter Berlin.

Die ministerielle „Reform“ meldet: daß Seitens des Ministeriums noch kein Beschuß in Bezug auf die Einberufung der Kammer gefasst worden sei.

Das statistische Bureau in Berlin veröffentlicht interessante Notizen über die Verhältnisse der Einwohnerzahl Preußens. Nach der allerneisten Säzung beläuft sich dieselbe auf 16,331,000 Individuen. Es hat sich bei dieser Gelegenheit das bemerkenswerte Faktum herausgestellt: daß so lange Preußen als Monarchie besteht, zum erstenmale die Zahl der Ausgewanderten im letzten Jahr die der Einwandernden übersteigt.

Der Kaiser von Russland wird noch im Laufe d. M. in Warschau erwarten. Er wird die Kaiserin nach dem Süden Italiens begleiten. Aus Berlin wird noch gemeldet, daß II. Majestäten der Kaiserpaare in Erdmannsdorf zusammengetreten werden.

Der „engere Rat“ in Frankfurt ist noch in so dichtes Dunkel gestellt, daß man gar nicht einmal weiß, ob er Signungen hält oder nicht. Wahrend die eine Zeitung über die zweite Sitzung berichtet, behauptet die andere: es habe noch gar keine zweite Sitzung stattgefunden.

Die Verständigungs-Gerüchte zwischen Österreich und Preußen taugen immer lebhafter auf.

Die legte Nr. der in Kassel erscheinenden N. Hessischen Ztg. gibt uns ausführliche Nachrichten über die dortigen Ereignisse, von welchen wir schon früher durch den Telegraphen Kunde erhalten haben. Sie bringt uns namentlich Aktenstücke, wie z. B. die Anlage des ständischen Ausschusses und die von der Regierung publizierten Motive für Bekämpfung des Belagerungszustandes z. endlich schlägt sie den Hergang der Sitzung ihres eigenen Blattes. — Die Anlage des ständischen Ausschusses gegen das Ministerium scheint doch Wirkung

gehabt zu haben, denn, wie telegr. Nachrichten melden, hat der Ober-Staatsprokurator die Einleitung des Prozesses und die Verhaftung des Ministeriums beantragt. Der hessische Staatsgerichtshof, das Ober-Appellationsgericht zu Kassel, scheint darauf eingegangen zu sein, denn wie uns aus Berlin gemeldet wird, hat das genaue Gericht die Verhaftung der Minister angeordnet. — Der Stadtrath von Hanau hat die Publikation der neuesten verfassungswidrigen ministeriellen Verordnungen verweigert.

Der Berliner ministerielle „Reform“ werden aus Karlsruhe Mitteilungen über den Zweck der Aufstellung des bayerischen Observationscorps bei Aschaffenburg gemacht. Zunächst soll es nötigenfalls in Kassel verwendet werden, wie schon mehrfach ausgesprochen worden ist und woran wohl Niemand gezweifelt hat. Aber auch in Hessen-Darmstadt soll es verwendet werden. Dort wird dieser Tag der fast durchweg demokratische Landtag eröffnet. Den-selben will man 4 bis 5 Tage räsonieren lassen, dann aber aufzulösen, um dann die „dynastische Politik“ Baiers durchzuführen zu können! Am Schluß dieses Artikels wird die Borsigian ausgeschlossen, daß leicht diese Ereignisse die Rübe im Westen Deutschlands gefährden können; so wie der Wunsch, daß Preußen hier einscheinen möchte, um solchen traurigen Ereignissen vorzubeugen.

Der Staats-Anzeiger teilt den Verfassungs-Entwurf für das Königreich Württemberg mit, welchen die dortige Regierung der neuen aufzutretenden Landesvertretung vorzulegen beabsichtigt. — Der angeklagte Minister Wächter Spittler ist von dem Staats-Gerichtshof freigesprochen worden.

Aus Schleswig-Holstein erhalten wir ausführliche Berichte über die Gescheite am 8. September. Eine entscheidende Schlacht wird erwartet. — Am 9. ist die Landesversammlung zu Kiel eröffnet worden.

Der Präsident der französischen Republik hat in einer Rede zu Cherbourg erklärt: daß, wenn er die Thiere des Kaisers Napoleon fortsetzen sollte, man ihm auch die Mittel gewähren sollte, die jenseitigen Wahlen zu gewinnen.

Berlin, 10. September. Sehr sile Börse. Köln-

Minden 9½. Nordbahn 39¾.

Greteidemarkt flau. Del p. Oktober 23. p. Mai 22½

Gld. Kaffee ruhig. Zink 11,500 Emr. loco und Liefer-

ung 10, 10½ bez.

Stettin, 10. September. Roggen 33 bis 36 p. Herbst

33 Br. p. Frühjahr 83 Pf. 37½ bez. und Gld. Rübel

sille, loco bis Februar 11½ Gld. und Br. Spiritus

24, p. Frühjahr 22 Gld.

Frankfurt a. M., 10. September. Nordbahn 42½.

Zara, 6. Septbr. Die bosnischen Hämptlinge haben

sich mit den Bestimmungen des neuen Ternmans schriftlich einverstanden erklärt; insgeheim soll jedoch die Gähnung und Unzufriedenheit fortduern. Zwei bis drei Hämptlinge sind von Omer Pascha bis zur Erfüllung der neuen Bestimmungen als Geiseln zurückbehalten worden. Omer Pascha ist nach der Kraina abgegangen.

Florenz, 7. September. Dem Vernehmen nach wird Senator Lami Prokurator beim Kassationshofe das Portefeuille des Justizministeriums übernehmen.

Nom, 5. September. Man versichert, es sei Herrn Pinelli gelungen, bereits zwei Audienzen bei dem Papste zu erlangen.

St. König. Hofamt der Prinz Gustav von Wasa ist auf

Schloss Sanssouci eingetroffen.

Monats-Uebersicht der preußischen Bank, gemäß § 99 der Bank-Ordnung vom 5. Oktober 1848.

Aktiva		21,378,900 Pfth.
2) Kassen-Anweisungen und Darlehns-Kassen		2,820,300 "
3) Wechsels-Bestände		13,747,200 "
4) Lombard-Bestände		9,975,100 "
5) Staats-Papiere, verschiedene Forderungen und Aktiva		13,406,800 "
Passiva		
6) Banknoten im Umlauf		17,742,300
7) Depositen-Kapitalien		24,139,100 "
8) Guthaben der Staatskassen, Institute und Privat-Personen, mit Einschluß des Giro-Buches		7,360,100 "

Berlin, den 21. August 1850.

Königl. preuß. Haupt-Bank-Direktorium.

(gez.) Witt. Reichenbach. Meyen. Schmidt. Woywood.

Angemommen: Der Ober-Präsident der Provinz Preußen, Eichmann, von Koblenz, Der Vice-Oberjägermeister, Graf von Afferburg-Falkenstein, von Leipzig.

Z. Berlin, 10. Sept. [Die Eingabe mehrerer Mitglieder der Linken an das Ministerium wegen Einberufung der Kammer.] Nachstehendtheile ich Ihnen den Wortlaut der Eingabe mit, in welcher mehrere Mitglieder der Linken der Kammer, Graf Dyhrn an der Spitze, das Ministerium um baldige Einberufung der Kammer bitten. Die Petition, vom 20. August datirt, zirkulierte zur Unterschrift bei den Deputirten und ist deshalb erst vor wenigen Tagen hier angegangen.

Der Standpunkt des Ministeriums in der deutschen Angelegenheit, auf welche in der Petition besonders hingewiesen wird, hat sich unter dieser Zeit allerdings bedeutend gehoben, was bei dem Lesen der Petition wohl berücksichtigt zu werden verdient. Das Aktenstück lautet:

„Hohes Königliches Staatsministerium!

Die unterzeichneten Mitglieder und Abgeordneten beider Kammer erlauben sich im Geschehe des Ernstes der Stunde, deren Glockenschlag in dem geschilderten Leben des Vaterlandes so eben ertönt, im Bewußtsein der Gefahren, welche dem ruhmreichen Fortgange desselben, Tag auf Tag, Thatsachen auf Thatsache, hier offenbarnd, dort heimlich entgegentretend und in der Eilennutz ihrer Pflicht: als berufene Vertreter des Volks in solchem Augenblick nicht schweigen zu dürfen, einem hohen königlichen Staatsministerium die Bitte um schleunige Zusammenberufung der Kammer vorzutragen.

Der § 76 der Verfassung vom 31. Januar 1850 gibt uns zwar die gesetzliche Gewissheit, daß die Berufung der

Bank die übernommenen, der Bank seit dem 1. Juli d. J. mit 4% p. G. zu verzinsenden 6 Millionen Staats-Anleihe noch zu beziehen sind.

Kammern nicht über den November d. J. hinausgeschoben werden darf, und so dringend auch die inneren Verhältnisse des Landes durch die teilweise gefährliche Verzögerung der Ausführung rechtsgültig erlassener Gesetze und durch Erlösung von Verordnungen, deren Dringlichkeit und Rechtsgültigkeit gegenüber den Bestimmungen der Verfassung uns mindestens zweifelhaft erscheint, die Anwesenheit der Kammer fordern mögen, so genügt uns heute doch noch jener Zeitpunkt, um zur Beurtheilung derselben zu schreiten. Es sind daher nicht diese Verhältnisse, sondern vor Allem und hier allein die äußeren Angelegenheiten des Staates, welche uns zu diesem Schritte treiben, und darum müssen wir unserer Ausführung folgende Fragen vorstellen:

Was hat Preußen nach Außen gewonnen? Wie weit ist es auf der Bahn der Ehre und des Ruhmes, für die ein hohes Staatsministerium seit der Eröffnung der Kammern, am 27. Februar pr. so oft und feierlich sich verbürgt hat, fortgeschritten?

Wir würden glauben, einen unverzügliches Verstoß gegen die Achtung zu begehen, wenn wir hier alle die Schwüre — wir müssen sie so nennen, denn solcher Männer Worte an solcher Stelle ist der bindende Schwur — welche das Ministerium Angehörs des deutschen Volkes für Herstellung eines freien verfassungsmäßigen Bundesstaates in Deutschland, seit der Ablehnung der Kaiserkrone, deren Verantwortlichkeit dasselbe ungeheuerlich trifft, bis zum Schluß des Reichstags zu Erfurt, theils durch eigene Erklärungen, theils durch die seiner Kommissarien feierlich geleistet hat, wörtlich wiederholen wollten. Hier ist die Frage, wie weit sind sie gelöst worden?

Der Reichstag in Erfurt hat im vollsten Maße der Erwartung der Deutschen vom 11. Juni v. J. entsprochen, eine „immühlig und rasche Zustimmung“ zur Verfassung vom 26. Mai v. J. war sein dankenswertes Werk und die Bevollmächtigten der Unionsfürsten haben in der ersten und zweiten Sitzung des Kongresses zu Berlin es selbst anerkannt, daß die Veränderungen, welche der Reichstag, unbeschadet der Eu-bloc-Annahme von den Regierungen zu nehmen, wahrhaft siehe sich Preußen nicht dazu berufen glauben, da Kurhessen bis jetzt aus der Union definitiv nicht geschieden ist? Soll es etwa dulden, daß Bayern einschreitet und Baden und die dort stehende Armee abschneide? Welch ein Wust von Rücksichten, von Bedenklichkeiten! Und mittler durch den Ernst der Krisis zieht ein eigenblümlicher ironischer Geist, ein Geist der Laune und des Muthwillens, als wenn der Lenker der deutschen Geschichte sich in einer übermächtigen Provisorium zusammengeschupft, von welchem täglich jenseitige Untrübe und die sündige Ohnmacht ein Glied nach dem andern lösen, Schleswig verbietet unter den dänischen Streichen, Holstein kämpft verlassen einen Todeskampf, den die Hälfte Einzelner nur zu verlängern, kaum aufzuhalten vermögen, und ein Recht, so gut, so alt, so legitim, wie wenige Kronen in Europa, wird dem empöierten Pöbel des alten Reichsfeindes, unterstützt von neuen Reichsfeinden, vergeben, Österreich, der alte Gegner, hat in verzweifelter Angst, den gefährlichen Nebenbuhler bereits isoliert, daß die Blätter des Ministeriums Schwarzenberg ihre Siegesländer schon mit unerträglichem Hohn gegen uns würzen, und bald wird es den alten Bundestag mit „seiner nütz- und würdlosen Beschäftigung“, wie Herr v. Radovits sie eben so schön als treffend bezeichnete, Deutschland gnädigst oktopist haben; über deutsche Länder wollen Londoner Protokolle entscheiden, und die Lenker der Ehre Preußens, von denen wenigstens derjenige, welcher dieselbe auf dem Erfurter Reichstage und gegenwärtig im Fästn-Kollegium zu vertreten hat, noch gar nicht auf die Verfassung Preußens vereidigt ist, hoffen im Angesicht eines „herzlichen Heeres“ und seiner tapferen Führer, gelöst auf den Credit von 18 Millionen Thalern zu militärischen Zwecken, welchen die Kammer nur zu vertrauensvoll bewilligen, mit ihrer „Grenze des Möglichen“ sich tröstend, immer und immer auf eine fast unglaubliche, dem in Erfurt vom Volke angenommene deutschen Bundesstaate gegenüber, ganz unmöglich, feindselige Verständigung.“

Der Artikel 4 dürfte noch zu manchen Verhandlungen zwischen Sachsen und Österreich führen. Sie erinnern sich noch aus der sächsischen Denkschrift, wie das patriotische deutsche Ministerium Beust seine Zustimmung zu einem Artikel zu geben verweigerte, der auch nur die Möglichkeit zuließ, daß fremde Truppen das deutsche Bundesgebiet betreten könnten. Das Wiener Kabinett ist so scrupös nicht. Im Gegenteil, es darf ein solches Kaufonement gar nicht anerkennen, es verurtheilete ja sonst seine eigene innere Politik. Wie soll man das Verfahren mit Ungarns Rechten vertheidigen, wenn man Dänemarks Politik in den Herzogthümern bekämpft? Wie wollte man die Verwendung deutscher Truppen in Ungarn rechtfertigen, wenn man Dänemark verbietet, seine Truppen in Holstein einzuladen zu lassen? Also Österreich hat nichts gegen den Artikel 4 einzurichten. Vielleicht genügt dann auch ein quos ego des Fürsten Schwarzenberg, Herrn v. Beust über seine Gewissensscrupel wegzubauen. Wenn nur die Herren in Frankfurt darüber einig sein werden, so wird die zweite Frage, was nun mit Holstein zu thun sei, Man hat hier Andeutungen einer beabsichtigten Pacification seitens jenes sogenannten Bundesstages. Es heißt, man wolle einen Kommissarius nach Holstein senden und die Unterwerfung des Landes fordern. Nun, die Antwort, welche jenem Kommissarius zu Theil werden dürfe, läßt sich voraussehen. Die Stadthalterschaft der Herzogthümer möchte wohl schwerlich eine andere Ansicht über die Rechtsbeständigkeit der sogenannten Bundesversammlung haben, als Preußen. Der Herr Bundeskommissarius würde also höchstens die praktische Erfahrung machen, daß es nicht genügt, daß Fürst Schwarzenberg behauptet, der Bundesstag beflehe zu Recht, um ihm wirklich das Dasein zu geben. Wird man dann vielleicht wagen, Exekutionstruppen nach Holstein zu senden? Nun, so weit kennt man hoffentlich in Frankfurt die Stimmung in Deutschland, um zu wissen, daß deutsche Truppen gegen ihre ehemaligen Waffengefährten in Holstein niemals werden geführt werden können. Oder will Österreich seine Großen dorthin senden? Hier dürfte es denn doch an einem Punkt anlangen, wo Preußen sich nicht nachgiebig zeigen würde. Durch preußisches Gebiet würde eine solche Executions-Armee nicht durchziehen können. So mag denn der österreichische Bundesrat in Frankfurt wohl entschieden, was er thut. Es bleibt ihm noch übrig, sich lächerlich zu machen. Das ist aber das Schlimmste, was politischen Körpern überhaupt begegnen kann.

[Die kurhessische Angelegenheit. Der Prozeß Hassenpflugs.] Gestern fand eine Sitzung des Staatsministeriums statt, der auch Herr v. Radowitz bewohnte. Es wurde die Lage der kurhessischen Zustände und die offiziellen Verfassungs-Verlebungen des Ministeriums Hassenpflug in Betracht gezogen und dabei erwogen, was Seitens Preußen in dieser Sache zu thun sei. Obgleich sich das Ministerium die bedenklichen Folgen der Maßnahmen der kurhessischen Regierung nicht verhüten konnte, wurde ein Beschuß über dieselbe zu thunne Schritte nicht gefasst, dies vielmehr auf den Betrieb des Herrn v. Radowitz noch verschoben. — Ob unter diesen Umständen die auf morgen Abend angekündigte Reise des Herrn v. Manteuffel noch stattfindet, ist heute fraglich. Wenigstens soll Herr v. Manteuffel von seinen Kollegen erfuht worden sein, die vorhabende Reise noch aufzuschieben. — Die Nachricht, daß eine hohe Person in der hessischen Angelegenheit Schritte gethan, namentlich ein abmahnendes Schreiben an den Kurfürsten gerichtet, oder dem Minister Hassenpflug eine Gehaltszahlung von 4000 Rthlr. garantiert habe, wenn derselbe zurücktritt, wird uns von glaubhafter Seite als unbegründet bezeichnet. — In voriger Woche befand sich der Ober-Staats-Anwalt Friedenberg aus Greifswald hier, um, wie man versichert, mit dem Justizminister in Betreff des Hassenpflugschen Prozesses zu konferieren. Der Termin für die Appellations-Instanz dieses Prozesses findet diesen Donnerstag in Greifswald statt. Der Justizminister soll der Ansicht sein, daß die Staats-Anwaltschaft das „Nichtschuldig“ gegen den v. Hassenpflug zu beantragen habe, da man bei einem Manne von Hs. politischer Bedeutung keinen „gemeinen Eigen-nutz“ annehmen könne. Nach dem Verlaubtwaren dieser Ansicht des Hess. der Justiz ist man hier natürlich auf den Ausgang jenes Prozesses um so mehr gespannt, als die neuesten Vorgänge in Hessen die Aufmerksamkeit erregt und die Blicke sich noch diesem Prozeß zuwenden.

(C. B.) Die Mitteilung der „Deutsch. Ref.“ über den stattgehabten Ministerrat lautet: Gestern fand eine Berathung des Staatsministeriums statt, in welcher man sich über diejenigen Schritte verständigte, welche durch die möglichen Eventualitäten der kurhessischen Zustände erforderlich werden könnten.

Der Minister des Innern, Herr v. Manteuffel, hat die beabsichtigte Reise nach der Rheinprovinz von Neuem verschoben. Die Nachricht von einem Beschuß des Staatsministeriums in Bezug auf den Termin der Zusammenberufung der Kammer ist unbegründet."

C. C. Berlin, 10. Septbr. [Berichtigung. — Verschiedenes.] Die Neue Preußische Zeitung behauptet, von den Unionstaaten hätten Sachsen-Koburg-Gotha und Braunschweig die Ratifikation des dänischen Friedens abgelehnt und Oldenburg solle noch Schwierigkeiten machen. Wir haben bereits in unserm Blatte vom 7. d. M. nach amtlichen Quellen berichtet, daß die Ratifikation Oldenburgs, gleich den aller übrigen Unionstaaten, außer Coburg-Gotha und Braunschweig, eingetroffen ist und als Grund der Verjährung der Ratifikationen beider sogenannten Staaten die augenblickliche Abwesenheit der beiderseitigen Souveräne angegeben. Wir dürfen wiederholen, daß unsere Angaben richtig, die der Neuen Pres. Ztg. dagegen ungrundet sind. — Von den verfehlten resp. neu ernannten Oberpräsidenten haben die Herren v. Düsingberg in Münster, v. Auerwald in Koblenz und v. Witzleben in Magdeburg ihre Amtsernennung übernommen. Herr v. Voß wird in diesen Tagen nach Posen und Herr Eichmann gegen den 15. d. M. nach Königberg gehen, um Herrn Flottwell abzulösen, der hierauf die Verwaltung des Ober-Präsidiums zu Potsdam übernehmen wird. — Se. Majestät der Kaiser von Russland wird dem Vereinnehmen nach im Laufe dieses Monats in Warschau erwarten. Die einen legen dieser Reise politische Gründe unter, andere hingegen glauben, daß Se. Majestät der Kaiser nur Ihre Majestät die Kaiserin bis Warschau begleiten will, welche aus Gesundheitsgründen den Winter im Süden Europas zu bringen gedenkt. Am 8. d. M. kommen hier 386 Personen an und reisen 649 ab. Angekommen: der Oberpräsident Eichmann von Koblenz, Abgereist: der kaiserrussische Gesandte beim päpstlichen Stuhle, von Bremen nach St. Petersburg. — Bis zum 8. Mittags waren als an der Cholera erkrankt gemeldet 760. Zugang bis zum 9. Mittags 19. Summa 779. Davon sind genesen 191, geforblen 413, in Behandlung geblieben 170. Unter den lebendigem 19 sind 8 Todesfälle.

[Wermischte Nachrichten.] Die gestern erfolgte Wahl des Fürsten Radziwill zum Mitglied des Berliner Gemeinderaths bildet heute vielfach das Stadsgespräch. Man erfährt, daß der selbe (ein Bruder des Generals v. Radziwill) vorher erst befragt worden sei, ob er die Wahl anzunehmen bereit sei? Der Fürst soll erklärt haben, daß er die Wahl nicht nur als eine große Ehre betrachte, sondern auch entschlossen sei, sich dem Kommunal-Amt mit allem Eifer zu widmen. — Die Wahlen sind nunmehr sämmtlich beendet und dürfte ihre amtliche Publikation durch den Magistrat unverzüglich erfolgen. Nach der Gemeinde-Ordnung hat jedoch der Magistrat nicht mehr wie früher nach den Bestimmungen der Städte-Ordnung die Wahlprotokolle zu prüfen, sondern überläßt dies Geschäft gewissermaßen den Be-

Klamationen der Wähler, welchen dazu eine 10tägige Frist offen gelassen wird. Zur Erledigung dieser Klaminationen bleibt dann der Regierung eine 20tägige Frist, worauf die Einführung des neuen Gemeinderathes erfolgen kann. Der letztere Akt dürfte hiernach noch ungefähr einen Monat auf sich warten lassen. Uebrigens dürfte gegen die Gültigkeit der Wahlen wenig eingewandt werden und nur eine zweifelhaft sein, die des Kommunal-Lehrers Dr. Belom, da derselbe als Lehrer an einem städtischen Gymnasium vielleicht als städtischer Beamter anzusehen und deshalb unwählbar ist. Unerledigt ist ebenfalls nur eine Wahl geblieben, die des 32. Bezirks der III. Abtheilung, in welcher, wie schon mitgetheilt, weder der demokratische Kandidat (Herr Esser), noch der konservative (Herr Eitschig) die absolute Majorität erhalten haben, so daß hier eine engere Wahl stattfinden muss. — Mit der bevorstehenden Konstitution des Gemeinderathes beginnen allgemein auch die Agitationen für die Wahl eines neuen Oberbürgermeisters, welche vom Gemeinderath resultiert. Die verschiedensten Namen tauchen in der Presse auf. Die heutige Kreuzzeitung stellt dieselben in folgender Reihe zusammen: Krausnick, v. Patow, v. Minutoli, Möwes, und es kann nicht fehlen, daß noch manche andere Kandidaten auftauchen werden. Was indeß die eben Genannten angeht, so wird sich ihnen sämmtlich kaum ein günstiges Prognostikon stellen lassen. Herr Krausnick ist durch seine Vergangenheit unmöglich, und zwar noch unten hin, Herr v. Minutoli ebenso noch oben hin. Für Herrn v. Patow scheint allerdings vielfach und vielseitig agitirt zu werden und gewiß würde er auch dem Herrn v. Manteuffel, dessen Cousin er ist, sehr genehm kommen. Allein einerseits hat er als eigentlicher Verwaltungsbauer bis jetzt persönlich wenig geleistet, und andererseits trägt seine politische Karriere doch manche Momente, über die der stark konservative und speziell preußische Charakter der neuen Gemeindevertretung schwerlich hinauskommen wird. Zudem hat er die Hofpartei schwerlich für sich. Was endlich den Herrn Möwes, jetzigen Stadtbaurat und Mitglied der ersten Kammer anbetrifft, so ist ihm Schätzungen des Urtheils und ein gewisser Reichthum an Wissen zwar nicht abzusprechen, allein neben einer unpraktischen Zürsterei hat er sich durch das Abstoßende seiner Persönlichkeit so viel Gegner gemacht, daß an seine Wahl, trotz seiner eigenen eifriger Bemühungen, gar nicht zu denken ist. Außerdem muß ihm ein gewisser Fanatismus, mit welchem er zur Kreuzzeitungspartei hinüberhängt, viele Gemüter entzünden.

— Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die jetzt in Warschau erwartete Kaiserin von Russland, im Fall der König und die Königin in noch nach Erdmannsdorf in Schlesien reisen sollten, sich mit unserm Königspaar dort ein Rendezvous geben werde. — Mehreren hiesigen hochstehenden Finanzmännern ist neuerdings das Portefeuille der Finanzen in Hessen-Kassel angeboten. Dieselben sollen dasselbe jedoch sämmtlich zurückgewiesen und einer indignitatis der Bemerkung gemacht haben, daß er da, wo ein Hassenpflug Premier-Minister sei oder überhaupt etwas zu thun habe, sich zu nichts verstehen könne. Es kann diese Auskunft als sehr bezeichnend für die Stimmung unserer höheren Stände über die hessischen Zustände angesehen werden. — Man hört, daß Seitens der Staatsanwaltschaft augenblicklich außerordentlich viel Voruntersuchungen wegen Preisvergehen im Gange sind, so daß im Laufe der nächsten Wochen zahlreiche Anklagen dieser Art die Geschworensitzungen auffüllen dürften.

(A. Z. C.)

Das Polizei-Präsidium führt fort, mit Exekutionen wegen Nichteinreichung der Mitgliedsverzeichnisse der schon längst geschlossenen Volkvereine vorzugehen. Heute wurde bei Herrn Berends Execution vollstreckt und ein Sophia versteigert. — Bei dem nunmehr deklarierten Concours über das Vermögen des früheren Besitzers der Zeitungs-Halle, Dr. Julius, ist die See-handlung mit 10,000 Rtl. bestätigt. (Const. 3.)

Potsdam, 10. September. Ihre Majestät der König und die Königin haben sich heute Morgen mit dem ersten Zuge nach Berlin begeben. Allerhöchst dieselben wollen den Übungen der Berliner Garnison beiwohnen, welche heute Morgen im Feuer exerzier, und werden bereits heute Mittag zurückgewartet.

(Staats-Anz.)

D e u t s c h l a n d.

Frankfurt a/M., 8. September. [Der engere Rath.] Die zweite Sitzung des von Österreich beauftragten engeren Bundesrats wird dem Vereinnehmen nach einem der nächsten Tage stattfinden. Die Angabe, daß eine solche bereits stattgefunden habe, ist ohne Grund. Die in der ersten Sitzung (2. Sept.) ernannten Kommissionen hielten seitdem täglich Conferenzen. Man spricht von neuen offiziellen Verständigungssversuchen, die zwischen Wien und Berlin im Gange wären, und es wird nicht für unwahrscheinlich gehalten, daß der engere Bundesrat die Fassung definitiver Abschlüsse aufzubringen werde, bis ein positives oder negatives Ergebnis dieser neuen Versuche vorliege, eine im Gesamtinteresse Deutschlands so wünschens-werte Vereinbarung zwischen den beiden deutschen Großmächten herbeizuführen. Leider sollen die Aussichten auf ein positives Ergebnis dieser Verhandlungen vorerst nur sehr gering sein.

(D. A. 3.)

Im Gegensatz zu Obigem wird der königlichen Zeitung unterm 8. September aus Frankfurt gemeldet: Es ist jetzt erfährt man etwas Näheres über die zweite „Sitzung“ des „engeren“ Klubs, die am 5. d. M. unter allen Anzeichen des raschen Abhinsterns des Besitzes stattfand. Keinem der Clubgenossen konnte es verborgen sein, daß der so genannten Bundes - Versammlung die Anerkennung des Auslandes fehlen würde. Was in dieser Hinsicht über die Haltung von England und Frankreich als noch unverblümt aus Berlin gemeldet wird, bildete hier schon seit einigen Tagen den Gegenstand des Gesprächs in diplomatischen Kreisen und wurde dadurch verstärkt, daß Graf Rechberg auch in Betref des Petersburger Hofes ähnliche Andeutungen gemacht hatte. Das Bewußtsein der Ohnmacht und die Voransicht der Erfolglosigkeit mußten also von Regierungs-Versuchen“ abhalten. Was in jener Sitzung verhandelt wurde, soll demnach nur den Antrag des Grafen Thun wegen Bildung einer neutralen Kommission zur Verwaltung des Bundes-Eigenthums betreffen. Wir hören, daß gegen Se. Majestät der Kaiser nur Ihr Majestät die Kaiserin bis Warschau begleiten will, welche aus Gesundheitsgründen den Winter im Süden Europas zu bringen gedenkt. Am 8. d. M. kommen hier 386 Personen an und reisen 649 ab. Angekommen: der Oberpräsident Eichmann von Koblenz, Abgereist: der kaiserrussische Gesandte beim päpstlichen Stuhle, von Bremen nach St. Petersburg. — Bis zum 8. Mittags waren als an der Cholera erkrankt gemeldet 760. Zugang bis zum 9. Mittags 19. Summa 779. Davon sind genesen 191, geforblen 413, in Behandlung geblieben 170. Unter den lebendigem 19 sind 8 Todesfälle.

Kassel, 8. Septbr. [Die Lage der Dinge in Hessen.] Die „Neue Hessische Zeitung“ von diesem Datum enthält im Eingang einen Artikel, Kassel, den 7. September, Mittags, überzeichnet, wonin die umgehenden Gerüchte, daß das Ministerium Hassenpflug nicht bloß die Verfassung nummehr vollständig umzuführen, willkürlich und einseitig Gesetze zu erlassen, namentlich die Presse, die Vereine, die Versammlungen, die Verwaltungsbehörden u. s. w. gewollt zu beseitigen vorhabe, sondern auch zur Ausführung dieser Schritte in Ermangelung anderer Personen sich der Unterstützung der Militärgewalt zu bedienen gedenke, — erstmals und das Vertrauen zu dem kurburischen Militär ausgesprochen wird, daß sie als Männer von Ehre, die an ihren Eiden halten, sich nicht würden zur Ausführung der Gewaltshandlungen dieses Ministeriums missbrauchen lassen.

Sobann heißt es: „Am 7. Abends. Indem wir diese Zeilen schreiben, ist das Unerhörte verübt, und die weiter unten folgende Verordnung veröffentlicht worden. Nachdem auch die letzten Civilgenossen Haftbefehl den Dienst versagt, hat er, mit den im tiefsten Frieden, im ungestörten Zustande der Ruhe, den Kriegszustand über das ganz Land verhängt und es unter einen Militärbefehlshaber gestellt, welcher die weiteren Bestimmungen der Verordnung ausführen soll. Diese Verordnung ist ihrer Form und ihrem Inhalte nach null und nichtig. Wir werden keine Notiz davon nehmen, gegen jeden Gewaltversuch die zukünftigen Mittel des Rechts ergriffen und es erwarten, ob das lehre Merkmal der civilisierten Gesellschaft, das Recht, verzögert werden und Gewalt über Recht ergehen wird.“

Abends halb 11 Uhr. Die permanente Ständeauschusshat so eben folgende Anklage beschlossen und sofort an die Staatsprokuratur abgehen lassen:

„In der heutigen Abend öffentlich bekannt gemacht, hier beifolgenden Verordnung haben die Staatsminister Hassenpflug, Major v. Haynau und Legionärer v. Baumbach dahier 1) über sämmtliche kurhessische Lande mittin im Frieden ohne alle rechtliche Veranlassung und ohne Zustimmung des bleibenden landständischen Auschusses den Kriegszustand erklärt; 2) alle Volksversammlungen und Versammlungen von Vereinen verboten; 3) die Herausgabe von Sitzungen politischen Inhalts von der Genehmigung des Ministeriums des Innern abhängt; 4) einen militärischen Oberbefehlshaber bestellt, denselben der verfassungsmäßigen Befehlshabern überwunden und zur Suspensionskraft ermächtigt; 5) die Staatsbürger den Militär-Schreinen und Geschöpfen unterworfen.“

Wir finden hierin einen unerhörten groben Missbrauch der Amtsge-walt, welcher sogar nach § 1 der Verordnung vom 14. Februar 1795 in die Kategorie des Hochverrats fällt, indem er offenbar darauf abzielt, die bisherige Errichtung und Verfassung des Landes zu Grunde zu richten, was deshalb nach § 61 der Verfassungsurkunde die Anklage gegen die Bogenannten auf den Grund obiger Thatachen beklagen und erlauben die Staatsprokuratur nach § 75 des Gerichts-Organisationsgesetzes vom 31. Oktober 1848 diese Anklage zum gerichtlichen Verfahren zu bringen, auch wegen der auf dem Verzuge hastenlosen Anklage.

Unter Legitimation ergibt die weitere Anklage. Kassel, am 7. September 1850.

Der bleibende landständische Ausschus.“

Nachts halb 12 Uhr. So eben ist das Lokal der „N. H. Zeitung“ von Bewaffneten (Gensd'armen und Infanteristen) besetzt worden. Der Sergeant Fingerling vom Leibregiment mit zwei Musketen hat dem Drucker und den Redakteuren eine Verfügung, unterzeichnet „vom Oberbefehlshaber“ Generalleutnant von Bauer (Beglaubigung und Siegel fehlten) vorgezeigt, worin „auf Grund des § 4 der Verordnung vom 7. d. M.“ und nach „einer Mitteilung des kurfürstlichen Ministeriums des Innern“ die „Neuhessische Zeitung“ die „Gelaubnis ihres Fortschrreibens“ nicht erhalten habe und deshalb „zur Vermeidung weiterer Prekasse“ und „der dadurch zu befürchtenden Aufregung“ die „alsbaldige Beschlagnahme der Pressen jener Zeitung und der vorhandenen Exemplare befohlen wird.“

Ein Offizier scheint sich zur Ausführung dieser Gewaltthätigkeit nicht gefunden zu haben; es fiel den Redakteuren schwer, von den ehemaligen Musketieren, die so eben zur Begleitung dieser literarischen Mission aus der Kaserne waren geholt worden, genauer Auskunft zu erhalten und sich ihnen verständlich zu machen.

Der Sergeant Fingerling erklärte, daß er Befehl habe, unmittelbar vom Herrn Generalleutnant, die Zeitungen, falls deren vorhanden, wegzuholen und den Herren Redakteuren obigen schriftlichen Befehl zu zeigen. Es wurde ihm bemerk, daß von einer Befolgeung jenes „Befehles“, zu welchem Hr. Generalleutnant Bauer nicht die mindeste Befugniß habe, keine Rede sein könne. Da man vom Herrn Generalleutnant, Bauer nie eine Gelaubnis verlangt, derselbe auch keine zu ertheilen habe, so müsse man überhaupt diese selbstsame Annahme zurückweisen. Groß ist Ihre Aufgabe und gerade jetzt bedeutungsvoller als je, da Schleswig-Holstein mehr als zuvor auf die eigene Kraft und Ausdauer angewiesen ist, und die gegenwärtige Haltung des Volkes und seiner Vertreter über die ferne Zukunft des Vaterlandes entscheiden wird.

Von aufdringlicher Friedenssache befreit, hat die Stadthalterschaft sich wiederholts bestrebt, den Frieden durch verhältnismäßige Schritte herzustellen. Der „Gesetz“ hat alle Verhältnisse verdeckt, entweder die eigentliche Friedensverträge mit, welches das gegenwärtige Ministerium der neu zusammentretenen, bis jetzt aber noch nicht gewählten Landesvertretung vorgelegen beabsichtigt. Die bis jetzt zur Deffentlichkeit gelangten 31 Paragraphen des Entwurfs sind unter zwei Abschnitte gebraucht, von denen der erste „vom dem Königreiche, dem Könige, der Thronfolge und der Regierung“ handelt. Im zweiten Abschnitt werden „die allgemeinen Rechtsverhältnisse (sogenannte Grundrechte) der Staatsbürger“ festgestellt.

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 9. Septbr. Die Rede, womit der Stadthalter, Graf v. Reventlow, die heutige ordentliche schleswig-holsteinische Landes-Versammlung auf dem Schloß zu Kiel, noch abgehaltenem Gottesdienste eröffnete:

„Hochgeehrte Freunde! In Gemüthe des Wahlgeuges von Ostfriesland 1848 haben Sie durch das Vertrauen des Volkes und die Verpflichtung erhalten, als treue Söhne und Freunde der hessischen Kurfürstentümmer zu vertreten. Groß ist Ihre Aufgabe und gerade jetzt die Bedeutungsvoller als je, da Schleswig-Holstein mehr als zuvor auf die eigene Kraft und Ausdauer angewiesen ist, und die gegenwärtige Haltung des Volkes und seiner Vertreter über die ferne Zukunft des Vaterlandes entscheiden wird.

Von aufrichtiger Friedenssache befreit, hat die Stadthalterschaft sich wiederholts bestrebt, den Frieden durch verhältnismäßige Schritte herzustellen. Der „Gesetz“ hat alle Verhältnisse verdeckt, entweder die eigentliche Friedensverträge mit, welches das gegenwärtige Ministerium der neu zusammentretenen, bis jetzt aber noch nicht gewählten Landesvertretung vorgelegen beabsichtigt. Die bis jetzt zur Deffentlichkeit gelangten 31 Paragraphen des Entwurfs sind unter zwei Abschnitte gebraucht, von denen der erste „vom dem Königreiche, dem Könige, der Thronfolge und der Regierung“ handelt. Im zweiten Abschnitt werden „die allgemeinen Rechtsverhältnisse (sogenannte Grundrechte) der Staatsbürger“ festgestellt.

Die Geldmittel zur Fortführung des Krieges sind nicht erschöpft, Pflicht, das Kriegsbudget der Genehmigung der Volksvertretung zu übergeben, haben dies die Vorlage finanzieller Anträge erforderlich gemacht. Die Stadthalterschaft nicht beteiligt, Deutschland entbietet noch einer höhern leitenden Behörde. Mit fremden Regierungen steht das aussätzige Departement in keiner offiziellen Verbindung; wie entbehren Sie ihres Schutzes, sind aber in unfern unverbindliche Verhandlungen unterhalten, in dieser vereinzelten Stellung auf die Gerechtigkeit unserer öffentlichen Interesse sofort eingeleitet worden.

Die Verordnung wegen Verhängung des Kriegszustandes über sämmtliche kurhessische Lande haben wir bereits gestern mitgetheilt. Die Verordnung hat folgenden motivierenden Eingang:

Bon Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm der Erste r. et. thun und zu wissen: Der Verfassungsbuch durch die Standesversammlung bestätigt, über welchen und über die, in solchen Zuständen sich ergebende Unzulänglichkeit die bestehenden Gesetze Wir in Unserer Verordnung vom 4. I. M. uns ausgesprochen haben, und der nach der Verordnung vom 18. Juli 1832, Nr. II., des durch dieselbe verfündeten einselnen deutschen Souveräns durch die Landstände zur Führung eines Bundesabschl

Theater - Nachricht.
Donnerstag den 12. Sept. 60ste Vorstellung des
dritten Abonnements von 70 Vorstellungen des
Zum vierten Male: „Jean Bart am
Hofe.“ Historisches Lustspiel in 4 Akten
von C. P. Berger.

K. 14. IX. 6. Constit. Fest □ I. u. Br. M.

Berl. Verlobungs-Anzeige.
Die Verlobung unserer Tochter Emma mit
dem hiesigen Kommunal-Arzte Herrn Doktor
Theodor Anderseck beeindruckt uns erge-
benst anzusehen.

Eigentlich den 7. September 1850.
G. Weißner, Regierungsrat,
G. Weißner, v. G. Weißner.

Als Bekl. empfehlen sich:
Pauline Student.
Eduard Werner.

Mittergut Riesen und Leipzig, im Sept. 1850.

Als Bekl. empfehlen sich:
Dottie Melz.
Adolph Küchenmeister.

Breslau — Freiburg, den 10. September 1850.

Todes-Anzeige.

Den 9. d. Mts. starb unsere geliebte Schwei-
ster und Tante, die verwitwete Frau Eleonore
Johanna Hartmann, geb. Krämer. Zu
füller Theilnahme zeigten wir dies ergekan-
ten. Breslau, den 10. September.
Die Hinterbliebenen.

Ein mit den erforderlichen
Schulkenntnissen ausgerüsteter
Lehrling kann eintreten bei

Ed. Bote & G. Bock,
königl. Hof-Musik-Handlung
Schweidnitzerstr. Nr. 8.

Bildung macht frei!

Angekommen!!!

Preis 1½ Sgr. = 4½ Kr. th.

Meyer's

Groschenbibliothek
der deutschen Klassiker
für alle Stände.
Erstes Bändchen.
Breslau bei Graß, Barth und Comp.,
Herrenstraße Nr. 20.

Wer sich einen treuen Begriff von den Haupt-
ereignissen der neuern Kriegsgeschichte von
Ungarn und Italien bilden will, dem empfehlen
wir die Kunst-Ausstellung des Herrn
Nippel, auf dem Zwingerplatz bei dem neuen
Theater.

Obgleich herartige Gegenstände schon oft dem
Beschauer geboten worden sind, so überzeugen
diese Darstellungen doch alle uns bis jetzt zu
Gesicht gekommenen, eintheils durch ihre schöne
Ausführung, andertheils durch ihre künstlerische
Ausführung. Wir machen alle, die sich dafür
interessieren, besonders auf diese Vorstellungen auf-
merksam. Vorgängig zeichnen sich aus: die
Übergabe von Komorn, wo der Gefungs-Kom-
mandant Klapka den letzten Rest der ungar-
ischen Armee an die Österreicher überließ, wie
auch noch mehrere höchst interessante Gegen-
stände, alles ausgesucht und richtig vorge-
stellt. Wir benennen das Viele einen recht
treulichen Begriff erhalten werden, der durch
höchste Beschreibung höchst unvollkommen ver-
schafft werden kann.

Mehrere Kunstreunde.

H. R. A. S.

Die Verlosung weiblicher Handarbeiten zum
Besten der von uns mit Arbeit unterstützten
Armen findet statt, sobald wir einen Bescheid
des hohen Maistrats haben, den wir hierüber noch
abwarten müssen, erhalten haben. Das Nähere wird
öffentlich angezeigt werden. Dies zur
Beantwortung der vielen an uns ergangenen
Anfragen.

Der Vorstand des National-Frauen-Vereins.

Indem ich meine Töchterschule zu Breslau
bei Breslau gebrüder Eltern und Vormündern
der gütigen Beachtung ergeben empfehle, er-
laube ich mir zugleich die Anzeige, daß vor
Michaelis d. 3. auch Pensionärinnen Aufnahme
finden. Breslau, den 8. Septbr. 1850.

Thérèse Jüppner, née Oudin.

Für eine Feuer-Societät wird ein
sicherer Kunden zu engagieren gewünscht
und kann die Kaufl. in Hypotheken
geleistet werden. Das jährliche Gehalt
ist nach Umfang des Geschäfts bis auf
1000 Rthl. festgestellt, angegeben.

Auftrag: H. Dankwart's Person-
albüro in Berlin, Neue Friedrichs-
straße Nr. 80.

Eine privilegierte Apotheke

in einer bedeutenden Handelsstadt soll wegen
Familienverhältnissen bald verkauft werden.
Der Preis verhält sich zum reinen Medizinal-
Geschäfts-Umsatz wie 5=1. Eine Einzahlung
von mindestens 6000 Rthl. genügt. Der
Verkäufer bleibt längere Zeit ungekündigt stehen.
Die Leitung der Verkaufs-Unterhandlungen ist den Unterzeichneten übertragen.
Saul, Auct.-Commiss. zu Breslau.
S. Mittisch zu Berlin, Spandauer Str. 41.

Da uns bekannt ist, daß man in Breslau u.
Umgegend eine schlechte Waare unter seinem
eigenen Namen als echten Schweizer-Ex-
tract d'absynthe verkaufst, so halten wir
für unsere Pflicht, unser geheime Abnehmer
vor dieser Pfusch zu warnen. Um zu ver-
meiden, daß man durch die Leute, welche sich
als Schweizer und sogar als unsere Agenten
ausgeben, und eine nachgemachte Waare, die
an Ort und Stelle fabriziert wird, zu billigen
Preisen anbietet, betrogen werde, welches unter
unsre Freunde und alle Häuser, welche unten
gedeutet Extract d'absynthe in ihrem Geschäft zu
halten wünschen, sich zur Bezeichnung desselben
Rechtfertigt in der Samml., im Septbr. 1850.

Bouvier frères,

Nachfolger von J. J. Bouvier u. Comp.

Brauerei - Verpachtung.

Das hiesige städtische Brau-Über soll in
einem auf den 10. Dezember d. J. Nach-
mittags 2 Uhr auf diesem Rathausse an-
stehenden Termine öffentlich an den Meiste. und
Gebietenden auf 8 Jahre von Joannis L. J.
ab verpachtet werden, wozu wir die Pachtungs-
dingungen jederzeit bei unserem Obrigkeit, Medizinalrat Dr. Ernst, oder dem Brau-
ofen-Rendanten Ober-Kirchen-Vorsteher Döber-
nig eingesehen werden können.

Leichensbach, den 9. September 1850.

Die General-Bevollmächtigten der brauberech-
tigten Bürgerschaft.

Nippels rühmlichst bekannte und höchst interessante Kunst - Vorstellungen

sind während der Dauer des Jahrmarktes hier zu sehen, in welchen besonders treu und natürlich vorgeführt wird: 1) Die Übergabe von Komorn am 4. Oktober 1849. 2) Das Wollhorn in der Schweiz, bei Monchstein. 3) Die drei Tage lange Schlacht bei Waisen und Ungarn. 4) Die Schlacht bei Komorn, wo sich General Görgey durch die Russen und Österreicher durchschlägt. 5) Die Übergabe von Venezia am 25. August 1849. 6) Schlacht von Novara in Italien am 23. März 1849. 7) Die Erklärung der Batteerie auf der Eisenbahnbastei vor Venezia. 8) Die Feier der Schützenjahrneihe in der königl. Stadt Eger.

Vergnüg. den 7. September 1850.

G. Weißner, Regierungsrat, G. Weißner, v. G. Weißner.

Als Bekl. empfehlen sich:

Pauline Student.

Eduard Werner.

Mittergut Riesen und Leipzig, im Sept. 1850.

Als Bekl. empfehlen sich:

Dottie Melz.

Adolph Küchenmeister.

Breslau — Freiburg, den 10. September 1850.

Todes-Anzeige.

Den 9. d. Mts. starb unsere geliebte Schwei-
ster und Tante, die verwitwete Frau Eleonore
Johanna Hartmann, geb. Krämer. Zu
füller Theilnahme zeigten wir dies ergekan-
ten. Breslau, den 10. September.

Die Hinterbliebenen.

Ein mit den erforderlichen
Schulkenntnissen ausgerüsteter
Lehrling kann eintreten bei

Ed. Bote & G. Bock,

königl. Hof-Musik-Handlung

Schweidnitzerstr. Nr. 8.

Bildung macht frei!

Angekommen!!!

Preis 1½ Sgr. = 4½ Kr. th.

Meyer's

Groschenbibliothek

der deutschen Klassiker

für alle Stände.

Erstes Bändchen.

Breslau bei Graß, Barth und Comp.,

Herrenstraße Nr. 20.

Besitz eines treuen Begriffs von den Haupt-
ereignissen der neuern Kriegsgeschichte von
Ungarn und Italien bilden will, dem empfehlen
wir die Kunst-Ausstellung des Herrn
Nippel, auf dem Zwingerplatz bei dem neuen
Theater.

Obgleich herartige Gegenstände schon oft dem
Beschauer geboten worden sind, so überzeugen
diese Darstellungen doch alle uns bis jetzt zu
Gesicht gekommenen, eintheils durch ihre schöne
Ausführung, andertheils durch ihre künstlerische
Ausführung. Wir machen alle, die sich dafür
interessieren, besonders auf diese Vorstellungen auf-
merksam. Vorgängig zeichnen sich aus: die
Übergabe von Komorn, wo der Gefungs-Kom-
mandant Klapka den letzten Rest der ungar-
ischen Armee an die Österreicher überließ, wie
auch noch mehrere höchst interessante Gegen-
stände, alles ausgesucht und richtig vorge-
stellt. Wir benennen das Viele einen recht
treulichen Begriff erhalten werden, der durch
höchste Beschreibung höchst unvollkommen ver-
schafft werden kann.

Mehrere Kunstreunde.

H. R. A. S.

Die Verlosung weiblicher Handarbeiten zum
Besten der von uns mit Arbeit unterstützten
Armen findet statt, sobald wir einen Bescheid
des hohen Maistrats haben, den wir hierüber noch
abwarten müssen, erhalten haben. Das Nähere wird
öffentlich angezeigt werden. Dies zur
Beantwortung der vielen an uns ergangenen
Anfragen.

Der Vorstand des National-Frauen-Vereins.

Indem ich meine Töchterschule zu Breslau
bei Breslau gebrüder Eltern und Vormündern
der gütigen Beachtung ergeben empfehle, er-
laube ich mir zugleich die Anzeige, daß vor
Michaelis d. 3. auch Pensionärinnen Aufnahme
finden. Breslau, den 8. Septbr. 1850.

Thérèse Jüppner, née Oudin.

Für eine Feuer-Societät wird ein
sicherer Kunden zu engagieren gewünscht
und kann die Kaufl. in Hypotheken
geleistet werden. Das jährliche Gehalt
ist nach Umfang des Geschäfts bis auf
1000 Rthl. festgestellt, angegeben.

Auftrag: H. Dankwart's Person-
albüro in Berlin, Neue Friedrichs-
straße Nr. 80.

Eine privilegierte Apotheke

in einer bedeutenden Handelsstadt soll wegen
Familienverhältnissen bald verkauft werden.
Der Preis verhält sich zum reinen Medizinal-
Geschäfts-Umsatz wie 5=1. Eine Einzahlung
von mindestens 6000 Rthl. genügt. Der
Verkäufer bleibt längere Zeit ungekündigt stehen.
Die Leitung der Verkaufs-Unterhandlungen ist den Unterzeichneten übertragen.
Saul, Auct.-Commiss. zu Breslau.
S. Mittisch zu Berlin, Spandauer Str. 41.

Da uns bekannt ist, daß man in Breslau u.
Umgegend eine schlechte Waare unter seinem
eigenen Namen als echten Schweizer-Ex-
tract d'absynthe verkaufst, so halten wir
für unsere Pflicht, unser geheime Abnehmer
vor dieser Pfusch zu warnen. Um zu ver-
meiden, daß man durch die Leute, welche sich
als Schweizer und sogar als unsere Agenten
ausgeben, und eine nachgemachte Waare, die
an Ort und Stelle fabriziert wird, zu billigen
Preisen anbietet, betrogen werde, welches unter
unsre Freunde und alle Häuser, welche unten
gedeutet Extract d'absynthe in ihrem Geschäft zu
halten wünschen, sich zur Bezeichnung desselben
Rechtfertigt in der Samml., im Septbr. 1850.

Bouvier frères,

Nachfolger von J. J. Bouvier u. Comp.

Brauerei - Verpachtung.

Das hiesige städtische Brau-Über soll in
einem auf den 10. Dezember d. J. Nach-
mittags 2 Uhr auf diesem Rathausse an-
stehenden Termine öffentlich an den Meiste. und
Gebietenden auf 8 Jahre von Joannis L. J.
ab verpachtet werden, wozu wir die Pachtungs-
dingungen jederzeit bei unserem Obrigkeit, Medizinalrat Dr. Ernst, oder dem Brau-
ofen-Rendanten Ober-Kirchen-Vorsteher Döber-
nig eingesehen werden können.

Leichensbach, den 9. September 1850.

Die General-Bevollmächtigten der brauberech-
tigten Bürgerschaft.

Die Verlosung weiblicher Handarbeiten zum
Besten der von uns mit Arbeit unterstützten
Armen findet statt, sobald wir einen Bescheid
des hohen Maistrats haben, den wir hierüber noch
abwarten müssen, erhalten haben. Das Nähere wird
öffentlich angezeigt werden. Dies zur
Beantwortung der vielen an uns ergangenen
Anfragen.

Der Vorstand des National-Frauen-Vereins.

Indem ich meine Töchterschule zu Breslau
bei Breslau gebrüder Eltern und Vormündern
der gütigen Beachtung ergeben empfehle, er-
laube ich mir zugleich die Anzeige, daß vor
Michaelis d. 3. auch Pensionärinnen Aufnahme
finden. Breslau, den 8. Septbr. 1850.

Thérèse Jüppner, née Oudin.

Für eine Feuer-Societät wird ein
sicherer Kunden zu engagieren gewünscht
und kann die Kaufl. in Hypotheken
geleistet werden. Das jährliche Gehalt
ist nach Umfang des Geschäfts bis auf
1000 Rthl. festgestellt, angegeben.

Auftrag: H. Dankwart's Person-
albüro in Berlin, Neue Friedrichs-
straße Nr. 80.

Eine privilegierte Apotheke

in einer bedeutenden Handelsstadt soll wegen
Familienverhältnissen bald verkauft werden.
Der Preis verhält sich zum reinen Medizinal-
Geschäfts-Umsatz wie 5=1. Eine Einzahlung
von mindestens 6000 Rthl. genügt. Der
Verkäufer bleibt längere Zeit ungekündigt stehen.
Die Leitung der Verkaufs-Unterhandlungen ist den Unterzeichneten übertragen.
Saul, Auct.-Commiss. zu Breslau.
S. Mittisch zu Berlin, Spandauer Str. 41.

Da uns bekannt ist, daß man in Breslau u.
Umgegend eine schlechte Waare unter seinem
eigenen Namen als echten Schweizer-Ex-
tract d'absynthe verkaufst, so halten wir
für unsere Pflicht, unser geheime Abnehmer
vor dieser Pfusch zu warnen. Um zu ver-
meiden, daß man durch die Leute, welche sich
als Schweizer und sogar als unsere Agenten
ausgeben, und eine nachgemachte Waare, die
an Ort und Stelle fabriziert wird, zu billigen
Preisen anbietet, betrogen werde, welches unter
unsre Freunde und alle Häuser, welche unten
gedeutet Extract d'absynthe in ihrem Geschäft zu
halten wünschen, sich zur Bezeichnung desselben
Rechtfertigt in der Samml., im Septbr. 1850.

Bouvier frères,

Nachfolger von J. J. Bouvier u. Comp.

Brauerei - Verpachtung.

Das hiesige städtische Brau-Über soll in
einem auf den 10. Dezember d. J. Nach-
mittags 2 Uhr auf diesem Rathausse an-
stehenden Termine öffentlich an den Meiste. und
Gebietenden auf 8 Jahre von Joannis L. J.
ab verpachtet werden, wozu wir die Pachtungs-
dingungen jederzeit bei unserem Obrigkeit, Medizinalrat Dr. Ernst, oder dem Brau-
ofen-Rendanten Ober-Kirchen-Vorsteher Döber-
nig eingesehen werden können.

Leichensbach, den